

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drohterschrift: Tageblatt Riesa.  
Vertrag Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsstaatsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postleitzahl: Dresden 1553  
Ortslage Riesa Nr. 52.

Nr. 289.

Freitag, 12. Oktober 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Herausgabezeitung, für die Zeit vom 18. bis 19. Oktober 1923 Millionen M. einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Angelegen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erreichen an bestimmten Tagen und Wochentagen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe handschriftliche (6 Silben) 120 M.; die 80 mm breite Neumalzezeile 400 M.; zeitungsbereit und tabellarische 50% Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Zeitpreis ergibt sich aus vorstehenden Stundenzahlen verhältnismäßig mit der am Tage der Aufnahme gültigen Umlaufzeit. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlässt, wenn der Betrag verschafft, durch Klage eingesogen werden muss oder der Auszugsgeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtige Unterhaltungsbeiträge: "Erzähler an die Elbe". Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Versorgungseinrichtungen - hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Zeitpreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsräume: Goethestraße 69. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstellen: Wilhelm Dittrich, Riesa. Schlüsselzahl: 600000.

## Die Umbildung der sächsischen Regierung.

Das sozialdemokratisch-kommunistische Kabinett ist am Mittwoch gebildet worden. Der kommunistischen Partei sind das Finanzministerium und das Wirtschaftsministerium zugespielt worden. Das Kabinett sieht sich demnach wie folgt zusammen:

Ministerpräsident: Dr. Seigner (Soz.);  
Ministerium des Innern: Liebmann (Soz.);  
Finanzministerium: Böttcher (Komm.);  
Justizministerium: Neu (Soz.);  
Ministerium für Volksbildung: Flechner (Soz.);  
Wirtschaftsministerium: Heder (Komm.);  
Arbeitsministerium: Graupe (Soz.).

Es scheiden von den bisherigen Ministern Finanzminister Heldt und Wirtschaftsminister Hellisch aus. Außerdem ist vereinbart worden, dass der bisherige kommunistische Parteisekretär Heinrich Brandt zum Ministerialdirektor in der Staatskanzlei ernannt wird.

### Die neuen Minister.

Finanzminister Paul Böttcher ist geboren am 2. Mai 1891 in Leipzig. Er war von Beruf Buchdrucker. In den Jahren 1920/21 hatte er die Leitung des Unabhängigen Sozialdemokraten in Stuttgart. Nach der Auflösung der Unabhängigen Partei trat er der kommunistischen Partei bei. Im Jahre 1921 war er politischer Redakteur in dem Zentralorgan der kommunistischen Partei "Die Rote Fahne". Seit 1921 gehört er der kommunistischen Zentrale an. Nach seinem Ausscheiden aus der Redaktion der "Roten Fahne" übernahm er den Vorstand des Landesvorstandes der kommunistischen Partei Sachsen, sowie den Vorstand der kommunistischen Fraktion des sächsischen Landtages.

Wirtschaftsminister Hergo Heder ist 30 Jahre alt und in Chemnitz geboren. Er erlernte das Maurerhandwerk. Er war der Mitbegründer des Spartakusbundes und der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, nach dem politischen Umsturz Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats in Chemnitz und außerdem Mitglied des Reichsdörfelzugs der Arbeiter- und Soldatenräte. Seit Gründung der kommunistischen Partei gehört er deren Zentralleitung an, in der er die Leitung der Gewerkschaftsabteilung in Händen hat.

Der neue Ministerialdirektor in der Staatskanzlei, Heinrich Brandt, ist geboren am 7. Juli 1881 in Wandsdorf. Er entstammt einer Weberfamilie, erlernte ebenfalls das Mauerhandwerk. In der kommunistischen Partei in Chemnitz war er als Bezirksssekretär und als leitender Redakteur am dortigen kommunistischen Organ "Der Kämpfer" tätig. In der Zentrale der KPD hatte er die Leitung des politischen Komitees.

### Die ausscheidenden Minister.

Finanzminister Heldt wurde am 1. November 1918 zum Minister ohne Portefeuille ernannt; vom 14. November bis 19. Januar war er auf der Kreishauptmannschaft in Chemnitz tätig, am 20. Januar 1919 trat er als Arbeitsminister ins Kabinett ein, am 20. Dezember 1920 übernahm er das Finanzministerium.

Wirtschaftsminister Hellisch trat am 1. Mai 1921 sein Amt an.

## Der Landtag abermals verschoben.

II. Dresden, 11. Oktober 1923.

Zum zweiten Male in dieser Woche stand die anberaumte Landtagssitzung im Zeichen eines "großen Tages". Wieder war das Ständehaus von starken Abteilungen Sicherheitspolizei besetzt, wieder herrschte vor dem Eingange trotz des Regenwetters ein unglaubliches Gedränge von Einlaßbegrenzenden. Die öffentlichen Tribünen waren bis auf den letzten Platz besetzt.

Um 1 Uhr eröffnete Präsident Winkler die Sitzung mit der Erklärung: Der Landtagsvorstand hat mit den Vorsitzenden der Fraktionen gestattet und schlägt dem Hause vor, dass unter Abstimmung von der Tagesordnung die heutige Sitzung nicht stattfindet, und dass die nächste Sitzung Freitag früh 10 Uhr abgehalten wird mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Regierungserklärung. (Burst von rechts: Ist er dann auch bestimmt daß? Heiterkeit.) Am nächsten Dienstag soll die Aussprache über die Regierungserklärung erfolgen, damit die einzelnen Fraktionen die Möglichkeit haben, zu der heutigen Sachlage Stellung zu nehmen. (Während der Erklärung des Präsidenten erscheint auf der Tribüne ein Fotograph. Aus den Reihen der Abgeordneten erhören Entzückungsruhe, wie: "Unerhört!").

Der Vertragsertrag wird ohne Aussprache genehmigt. Abg. Dr. Scherf kommuniziert vergnügt, da er mit seiner Prophezeiung, dass die Sitzung erst nächste Woche werde stattfinden können, recht zu behalten scheint. — Der Präsident schließt die Sitzung. Das Haus leert sich nur langsam. — Nächste Sitzung: Freitag, 12. Oktober, vor mittag 10 Uhr.

## Der Kampf um das Ermächtigungsgesetz im Reichstag.

Entscheidung erst am Sonnabend.

In der Einzelberatung der Paragraphen des Ermächtigungsgesetzes wird ein Antrag der Deutschen Nationalen, der sich gegen die Aufhebung der Verfassungsgrundrechte durch das Ermächtigungsgesetz ausrichtet, in namentlicher Abstimmung mit 200 zu 70 Stimmen abgelehnt.

§ 1 des Ermächtigungsgesetzes wird in namentlicher Abstimmung mit 230 gegen 97 Stimmen bei einer Stimmabstimmung angenommen.

§ 2 des Ermächtigungsgesetzes wird in einfacher Abstimmung angenommen.

Vor der Schlussabstimmung erklärt der deutsch-nationalen Abgeordnete Schulz (Bromberg), dass diejenigen Parteien, welche die Verantwortung für den Bruchlinie übernehmen wollen, ihrerseits in voller Zahl anwesend sein müssten. Die Deutschen Nationalen würden sie dabei nicht unterstützen und würden bei der Abstimmung im Saal nicht anwesend sein.

Die Deutschen Nationalen verlassen darauf geschlossen den Saal.

Abg. Marx (Dir.) beantragt, die Schlussabstimmung auf Sonnabend zu verschieben.

Reichskanzler Dr. Stresemann: Ich habe in dieser Debatte als Reichskanzler bisher nicht gesprochen. Aber die Befürchtheit darüber, was die Regierung tut, wenn das Ermächtigungsgesetz abgelehnt wird, steht für mich und für die Stelle, die darüber zu entscheiden hat, fest. Dann die Abstimmung über das Gesetz sein soll, das ist nicht Sache des Reichskanzlers, sondern der Parteien. Der Reichskanzler hat an diesem Antrage nicht mitgewirkt.

Das Haus beschließt, die nächste Sitzung am Sonnabend nachmittag 1 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: Schlussabstimmung über das Ermächtigungsgesetz.

Stimmungsbild aus dem Reichstag.

Gespannte Erwartung lag am Donnerstag über dem Hause am Königsplatz. Um zehn Uhr wurde die Sitzung eröffnet. Tribünen und auch der Sitzungssaal selbst sind dicht gefüllt. Aber, in den Abgeordnetenreihen lassen immerhin Lücken, und es erhebt sich die lange Frage, ob die Zahl der Abstimmenden ausreichen wird, um das Gesetz durchzubringen. Die eigentliche Rebedacht ist vorüber. Die Hilfsparteien gefallen sich in Obstruktionen, während derer der Kommunistisch entfällt. Gerüchte im Saal. Der Reichskanzler ist zum Reichspräsidenten gefahren, um von ihm für den Fall der Ablehnung die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstages zu erbitten. Schließlich haben aber auch die Obstruktionssredner ihre Themen erledigt, und die Abstimmungen beginnen. Die erste namentliche bringt bereits die Entscheidung: Dreihundertneunzig Abgeordnete sind anwesend. Die Deutschen Nationalen, die angekündigt, dass sie an der Abstimmung nicht teilnehmen werden, die notwendige Zweidrittelmehrheit ist also nicht vorhanden. Die Koalitionsparteien verhandeln im Plenarsaal miteinander, und schließlich beantragt Marx (Dir.) die Verlängerung der Sitzung auf Sonnabend nochmals. Auch Herr Ledebour und Herr von Graefe kündigen an, dass sie die Obstruktion mißachten werden, und der Kanzler erklärt, dass er im Falle der Ablehnung des Gesetzes ebenso, wie die Stelle, die darüber zu entscheiden hat, wünsche, was getan werden müsste. Also: Auflösung des Reichstages. Es wird nach dem Antrag des Abgeordneten Marx beschlossen. Was wird der Sonnabend bringen? Wird es den Koalitionsparteien gelingen, das Pflichtbewusstsein ihrer Mitglieder so anzurecken, dass sie sich in genügender Zahl zu der Weise nach Berlin entschließen können?

### Bor der Reichstagsauslösung?

Dem Fernsehern nach empfing der Reichskanzler eine Reihe von Pressevertretern, denen er mitteilte, dass er noch am Schluss der geistigen Sitzung des Reichstages erneut mit dem Reichspräsidenten in Verbindung gestellt habe. Auf seinen Vorschlag habe der Reichspräsident wiederholzt, dass der Reichstag ohne weiteres aufgelöst werden solle, wenn er am Sonnabend das Ermächtigungsgesetz nicht annehme. Gehe das Gesetz durch, so werde dem Reichstag, wie der Reichskanzler erklärte, sofort das Arbeitszeitgesetz mit der kritischen Frage des Abstundentages zur Erledigung vorgelegt werden. Habe das Ermächtigungsgesetz dagegen, so habe der Reichskanzler freie Hand für alles weitere, was die Stunde erfordere.

### Besprechung der Fraktionsführer.

Die Fraktionsführer der Koalitionsparteien trafen gestern abend zu einer Sitzung zusammen, um die durch die parlamentarische Krise herbeigeführte Lage eingehend zu erörtern. Von den Demokraten wurde eine Vermittelungsaktion eingeleitet, die das Abstimmungsergebnis am Sonnabend sichern soll. In diesem Zweck hat die Demokraten an die Sozialdemokratie mit dem Erfuchen herangetreten, den Fraktionszwang aufzuheben und ihren Mitgliedern die Abstimmung freizugeben. Auch von den anderen bürgerlichen Koalitionsparteien wurde an die Sozialdemokratie der gleiche Wunsch gerichtet. Wie der "Vormärz" meldet, stellte die Sozialdemokratische Reichsfraktion nach mehrjähriger Beratung fest, dass es bei dem bisherigen Fraktionszwang bleiben solle, wonach den Mitgliedern nicht gestattet ist, im Reichstag gegen den Fraktionsbeschluss zu stimmen. Wie die Fraktion weiterhin feststellt, geht ihr Wille dahin, dass das Ermächtigungsgesetz am Sonnabend mit der verschwundenden Mehrheit angenommen wird.

### Poincarés Antwort.

In einem Augenblick unbeschreiblicher innerpolitischer Mixtur und erschrecklicher Regierungsautorität muss das Reichstagsamt über die zur Zeit bedeutsame außenpolitische Angelegenheit beraten: Die Antwort, die Ministerpräsident Poincaré dem deutschen Geschäftsträger auf die Anfrage gab, ob und unter welchen Bedingungen Frankreich und Belgien bereit seien, mit der deutschen Regierung über die Wiederaufnahme der Arbeit

im Ruhrgebiet zu verhandeln. Selbstverständlich war und ist es die Absicht der Reichsregierung, nicht nur die Arbeitsaufnahme zu erörtern, sondern den gesamten Umfang der Fragen, in denen der unlösbare Zusammenhang zwischen erneuerter Arbeit, der Wiederaufstellung normaler Zustände im Ruhrgebiet, der Verwaltung des Rheinlandes und den Reparationen sich findet.

Was haben die beiden gegnerischen Mächte gewertet? Jaspas, Belgien: Außenminister, nichts. Bestimmt. Er stellte vorrichtige Rückfragen und hörte im übrigen auf die Gemeinkunst des belgisch-französischen Vorgehens hin. Poincaré aber, auf den der Vertreter Deutschlands in solcher Weise verwiesen wurde, hat eine Antwort gegeben, die mindestens in ihrem Kern nicht anders ist, als ein Klein. Die Reichsregierung hat Frage und Antwort in einem behutsamen Bericht bekanntgegeben, ohne dem Ergebnis des Kabinettsrats, der nur als solcher angekündigt wurde, vorzugreifen. Ganz in diesen knappen Worten zum mindesten nicht gekennzeichnet, was Poincaré mit seiner Antwort will; darum aber, noch mehr als auf den Wortlaut kommt es an. Wie die Antwort, ob und wann Frankreich mit der Reichsregierung zu verhandeln gedachte, antwortet der französische Ministerpräsident kurzweg: überhaupt nicht! Warum auch? Die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet ist nach seiner Auffassung eine Angelegenheit, die nur Frankreich, Belgien und die Bevölkerung des betreffenden Gebietes angeht. Alles kann durch Abstimmung mit der deutschen Wirtschaft und den örtlichen Behörden aufs Beste geregelt werden; wenn aber die deutsche Regierung sich an dieser Wiederaufstellungsarbeit beteiligen will, so steht es ihr ja frei, durch entsprechende Annullungen und Richtlinien die Bemühungen ihrer Landsleute im Ruhrgebiet zu unterdrücken. Letztworts, erklärt Poincaré, weigerte er sich, späterhin über das "Gesamtproblem" falso die Reparationsregelung im weitesten Sinne mit der Reichsregierung zu verhandeln. Über das könne erst geschehen, wenn der letzte Rest des tatsächlichen Widerstandes beseitigt, die Arbeit wieder im Gange, die "Droning" wiederhergestellt ist; was alles bei einem guten Willen in zwei bis drei Wochen geleistet sein könnte.

Wie diese zwei bis drei Wochen soll Deutschland ein zweites Mal warten? Das wäre, trotz der verhinderten Folgen jedes Beitrages (Dollarland) noch das wenigste. Der eigentlich Sinn des französischen Antwort ist aber, dass nach Ablauf dieser Frist — kein Gegenstand des Verhandels — mehr da sein würde. Natürlich ist es möglich, im Ruhrgebiet, als sei es durch eine hohe Mauer vom übrigen Deutschland abgeschlossen, mit den Wirtschaftsbetrieben Notfälle zu treffen; sogar solche, die in ihrer Gesamtheit fast die ganze Reparationsfrage, vom französischen Standpunkt, lösen. Unter der Voraussetzung, dass das Reich sie entschädigt, können örtliche Industrien ja fast jede Bedingung annehmen. Haben sie das aber getan, und ist die Wirtschaft auf der Grundlage bestimmter Lieferungsvollzügung wieder in Gang gebracht, so bleibt dem Reich nichts anderes übrig, als die Abstimmung gegenzutun, die Männer auf ihr zu nehmen — oder die Franzosen mit dem Ruhrgebiet allein zu lassen. Das erste wäre dem französischen Ministerpräsidenten lieb, das zweite ist noch lieber. Es ist immer noch klar, dass Reich kämpft um jeden einzelnen Sondervertrag, als ob es plötzlich einem französisch-deutschen Wirtschaftsblöck gegenübersteht, den -Wang, nicht Verständigung zusammenfügte.

### Für und gegen Poincarés Verhalten.

X. Paris. Während die übrige Presse die Stellungnahme Poincarés gegenüber dem deutschen Verlangen nach Beteiligung an den Vorberatungen zur Wiederaufstellung des normalen Lebens in den betroffenen Gebieten billigt,

## Die katastrophale Wirkung der Teuerung auf das Zeitungsgewerbe

Der Hauptausgabenposten für die Zeitung ist das Papier. Das Alte Rotationspapier, das nach Goldmark berechnet wird, ist seit der vorigen Woche von 30 Millionen auf über 450 Millionen gestiegen, also ein Wagen von 300 Milliarden auf etwa 4 Billionen 300 Milliarden Mark. Obwohl auch alle sonstigen Materialien eine entsprechende Steigerung erfahren haben, wird das Riesaer Tageblatt den Bezugspreis noch nicht einmal verdoppeln.

### Berlog des Riesaer Tageblattes.

Der Bezugspreis des Riesaer Tageblattes für die Woche vom Sonnabend, den 13. Oktober, bis Freitag, den 19. Oktober 1923, beträgt 170 Millionen Mark durch Zeitungshäuser frei Haus. Wir bitten unsere Bezieher, das Bezugsgeld rechtzeitig (ab Sonnabend) bereit zu halten, damit unseren Zeitungshäusern das Geschäft des Vintagesetzen erleichtert wird. Die Bezieher, die am Sonnabend, den 13. Oktober (1. Tag der neuen Bezugswoche), die Zeitung entgegennehmen, befinden dadurch ihr Einverständnis mit der Weiterlieferung und sind zur Weitergabe verpflichtet, falls sie nicht die zugesetzte Zeitung den zum Kassieren des Bezugspreises häuter vorbereiteten Zeitungshäuser anliefern.